

**Anfrage der CDU-Fraktion im Hauptausschuss
am 21. September 2020
„Gastronomie im Stadtpark“**

Seit dem letzten Wochenende musste mit Ausnahme eines Kiosks die letzte verbleibende Gastronomie im Stadtpark schließen. Es heißt, dieses sei aufgrund „neuer Regeln vom Stadtpark Norderstedt“ notwendig. Während das phantastische Wetter Hunderte Besucher anlockt, ist der Geschäftsführer des Stadtparks nicht zu erreichen und die Verpflegung reduziert sich auf Currywurst mit Pommes und Cola.

Die CDU-Fraktion bittet um kurzfristige Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Seit wann ist das „Haus am See“ geschlossen?
2. Wie lange wird das „Haus am See“ noch geschlossen bleiben?
3. Warum musste das „Strandhaus“ schließen, obwohl die Betreiber gerne weiter öffnen würden?
4. Wer hat diese Entscheidung zu verantworten?
5. Ist der Geschäftsführung des Stadtparks bewusst, dass am Strandhaus 12 Arbeitsplätze zuzüglich Dutzende Aushilfen hängen, denen aufgrund der Entscheidung gekündigt werden musste?
5. Ist es korrekt, dass den Betreibern des „Haus am See“ ein umfassendes Monopol für den Stadtpark Norderstedt eingeräumt wurde, welches unter anderem vorsieht, dass sie das erste Zugriffsrecht für die gastronomische Versorgung bei Veranstaltungen und für gastronomische Angebote auch im Strandbad und im Kulturwerk haben?
Wenn ja, warum wurde dieser umfassende Nutzungsvertrag geschlossen?
6. Wie soll das gastronomische Angebot während der Schließung des „Haus am See“ aufrecht erhalten werden?
7. In den letzten Jahren war das „Haus am See“ nie ganzjährig geöffnet. Ist für die Schließzeiten eine andere Form der Gastronomie vorgesehen?
8. Ist die Geschäftsführung vom Stadtpark der Meinung, dass der Stadtpark aufgrund seiner Größe durchaus mehr als eine Gastronomie vertragen könnte?
9. Die Veranstaltung „Winter Wonderland“ war letztes Jahr ein Publikumsmagnet. Veranstalter waren auch hier die Betreiber vom „Strandhaus“. Wird diesen auch dieses Jahr die Möglichkeit gegeben, die Veranstaltung erneut durchzuführen oder aufgrund anderer Nutzungsverträge und/oder Konzessionsabgaben unmöglich gemacht?